

33. Ordentlicher Bundesparteitag

der Freiheitlichen Partei Österreichs
Samstag, 14. September 2019

Leitantrag



Leitantrag

zum 33. Ordentlichen Bundesparteitag der
Freiheitlichen Partei Österreichs am 14. September 2019 in Graz.

Antragsteller: Bundesparteileitung

„Zusammen. Für ein faires,
sozial gerechtes und heimattraues Österreich!“

Im Schatten der großen Flüchtlingskrise wählte Österreich am 15. Oktober 2017 einen neuen Nationalrat und somit eine Richtungsänderung für Österreich, zumal die von der bisherigen Großen Koalition gelebte „Willkommenskultur“ nur von einer Minderheit der Wählerschaft goutiert wurde. Die große Mehrheit der Österreicher sprach sich klar für eine restriktive Flüchtlingspolitik aus, was im Wahlergebnis deutlich zum Ausdruck kam. Die FPÖ erreichte knapp 26 % und somit ein Mandat weniger als die stagnierende SPÖ, derweil die Grünen überhaupt aus dem Parlament hinausgewählt wurden. Zu dieser Zeit waren nur mehr 9 % der Wähler für die Fortsetzung der Großen Koalition, hingegen wollten 41 % der Österreicher die FPÖ in Regierungsverantwortung sehen. Vor diesem Hintergrund wurden Regierungsverhandlungen mit der ÖVP aufgenommen, die zügig im Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich.“ mündeten. Kurz vor Weihnachten 2017 wurde die Koalitionsregierung angelobt.

Fraglos stand dieses Regierungsprogramm im Zeichen der Veränderung. Die Globalisierung, die Digitalisierung und die völlig neuen Dimensionen

der Mobilität stellen uns tagtäglich vor immer neue Herausforderungen. Für die FPÖ war und ist hierbei von zentraler Bedeutung, dass jene Menschen, die unser Land nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges wieder aufgebaut haben, nicht auf der Strecke bleiben. Das Gleiche gilt für jene, die durch ihre tagtägliche harte Arbeit unseren Wohlstand nachhaltig gewährleisten. Eines der vorrangigsten Ziele in der Regierungsverantwortung war daher die Entlastung von Kleinverdienern und die Anhebung der Pensionen, insbesondere der Mindestpensionen.

Mit großer Sorge mussten wir feststellen, dass in den Jahren vor dem Regierungseintritt der FPÖ viele negative Entwicklungen in Österreich um sich gegriffen haben. Vor allem die Flüchtlings- und Migrationskrise hat Österreich zum Negativen entwickelt. Neben einigen wenigen tatsächlich Schutzbedürftigen haben sich viele Personen, die nie zuvor einen Beitrag für Österreich geleistet haben, unser Sozialsystem als Destination ihrer rein wirtschaftlich motivierten „Flucht“ ausgesucht. Dass diesen Personen am Ende des Tages in manchen Fällen mehr zum Leben bleibt als arbeitenden Österreichern ist ein unhaltbarer Missstand, den wir durch eine grundlegende Änderung der Mindestsicherung nach Vorbild des „Oberösterreichischen Modells“ beseitigt haben. Unter einem ist es unser Ziel, die Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40 % zu senken, um mehr Fairness für die arbeitenden Menschen sicherzustellen. Wir wollen langfristig erreichen, dass ihnen wieder mehr zum Leben bleibt. Dazu ist es erforderlich, das Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich.“ vollständig umzusetzen.

Ohne Übertreibung hat die Flüchtlingskrise auch negative Auswirkungen auf die Sicherheitslage und auf das Zusammenleben in Österreich. Daher wurden von der FPÖ eine ganze Reihe von Maßnahmen verhandelt und umgesetzt, die die Erfüllung der grundlegendsten Aufgabe des Staates, nämlich Leib, Leben und Eigentum seiner Bürger zu schützen, gewährleisten. So wurde der illegalen Migration der Kampf angesagt, die Anzahl der Polizeiplanstellen erhöht und eine restriktive Rückführungspraxis von abgelehnten Asylwerbern realisiert. Eine strikte Trennung von Asyl und

Einwanderung liegt all dem zugrunde. Der Errichtung von sogenannten No-go-Areas, wie wir sie aus anderen europäischen Ländern kennen, wurde entschieden entgegengetreten. Darüber hinaus wurde der Grenzschutz reaktiviert und im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes der effektive Schutz der europäischen Außengrenzen eingefordert. Von besonderer Bedeutung war der Nichtbeitritt zum UNO-Migrationspakt, schließlich wollen wir Österreicher selbst entscheiden, mit wem wir nach welchen Spielregeln zusammenleben! Denn es ist die große Idee der Subsidiarität, die für das Verständnis freiheitlicher Politik von zentraler Bedeutung ist und die im Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich.“ an mehreren Stellen klar zum Ausdruck kommt. Deshalb darf die österreichische Europapolitik nicht auf die Errichtung eines zentralistischen EU-Bundesstaates ausgerichtet sein, sondern muss auf seine Verhinderung abzielen. Ebenso muss ein Beitritt der Türkei zur EU weiterhin verhindert werden.

Mit der Idee der Subsidiarität eng verwoben ist jene der direkten Demokratie. Beides sind politische Wege hin zu Freiheit und zu Selbstbestimmung. Die FPÖ hat auf ihrem letzten Bundesparteitag ein Konzept der direkten Demokratie beschlossen, das in seinem Kern die Einführung einer Volksinitiative vorsieht: Volksbegehren, die von zumindest 4 % der Stimmberechtigten einer Nationalratswahl unterstützt werden, sollen einer verbindlichen Volksabstimmung unterzogen werden, sofern der Nationalrat kein entsprechendes Gesetz erlässt. Revolutionär an diesem Konzept ist, dass es eine Gesetzgebung gegen den Willen des Parlamentes möglich machen würde. In das Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich.“ wurde dieses Konzept aufgenommen, allerdings auf Verlangen unseres damaligen Koalitionspartners mit einer Hürde von 900.000 Unterstützern. Hier wollen wir bei neuerlichen Koalitionsverhandlungen nachjustieren, um ein bürgerfreundlicheres Limit zu verankern.

Im Zwielficht der besorgniserregenden demographischen Entwicklung besteht auch im Bereich der Schulpolitik unveränderter Handlungsbedarf. Dass Jugendliche nach dem Absitzen ihrer Schulpflicht vor allem im

großstädtischen Bereich die grundlegendsten Kompetenzen, vom Rechnen bis zum Schreiben, nicht beherrschen, ist ein Missetand, der uns – vor allem wegen der unaufhaltsam erscheinenden Islamisierung Europas – den dramatischen Verlust unserer Identität vor Augen führt. Ein Schulsystem, das außer dem Vergessen der eigenen Religion, der eigenen Geschichte und der eigenen Kultur nichts zu vermitteln weiß, muss als gescheitert betrachtet werden. Daher müssen wir sicherstellen, dass auch jene jungen Menschen, deren Eltern sich Privatschulen nicht leisten können, künftig alle Chancen haben, am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsmarkt teilzuhaben. Schulklassen, in denen Deutsch nicht die Sprache einer kleinen autochthonen Minderheit, sondern der Mehrheit der Schüler ist, sind die Voraussetzung dafür. Die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode gesetzten Maßnahmen wie die Einführung eines Kopftuchverbotes im elementaren Bildungsbereich allein reichen nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Weitere Bemühungen, die von einer Regierung ohne FPÖ-Beteiligung nicht ernsthaft erwartet werden können, sind vonnöten.

Die jungen Menschen werden vor allem dann wertvolle Mitglieder unserer Solidargemeinschaft, der Republik Österreich, wenn sie in intakten Familien aufwachsen. Auf der Basis des traditionellen Familienbildes lehnten wir die Einführung der Homoelie durch den Verfassungsgerichtshof ab und setzten eine finanzielle Entlastung unserer Familien im Wege des „Familienbonus-Plus“ um. Eine noch zu beschließende Steuerreform soll zusätzliche Erleichterungen bringen. Weitere notwendige Verbesserungen im Familienrecht harren aber ihrer Umsetzung. Zu denken ist etwa an die unerquickliche Situation geschiedener Elternteile. Die Frauen leiden oft unter nicht bezahlten Unterhaltsleistungen, die Männer unter nicht eingehaltenen Besuchsvereinbarungen. Hier bedarf es der Anstrengung der künftigen Regierung, moderne, rasche und faire Lösungen auszuarbeiten. Dringend gelöst werden muss auch die oft prekäre Situation pflegender Angehöriger. Diese Menschen haben ein Recht darauf, dass sich die Politik ihnen verstärkt zuwendet.

All diese Maßnahmen kosten Geld. Deswegen ist ein gesunder Staatshaushalt die Grundlage der Richtungswende, für die das Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich.“ steht. Unter dem Verzicht der Einführung neuer Steuern keine neuen Schulden zu machen ist dabei ebenso wichtig wie die Verschlankung des Staates durch die Beseitigung von Mehrgleisigkeiten, die Einführung einer Transparenz-Datenbank und die verstärkte Nutzung digitaler Möglichkeiten. Die Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalten war ein erster Schritt, bei dem allein es nicht bleiben darf. Zwänge, die vor allem durch die anachronistischen Strukturen des Kammerstaates unverändert aufrecht sind, müssen zunächst redimensioniert und im Idealfall beseitigt werden. Dazu zählt jede Form sogenannter Zwangsmitgliedschaften sowie die Pflicht zur Zahlung von ORF-Zwangsgebühren. In all diesen Bereichen sah das Regierungsprogramm Liberalisierungen, die noch nicht realisiert werden konnten, vor. Alleine aus diesen Gründen ist eine Fortführung der freiheitlichen Regierungsarbeit wünschenswert. Verbesserungen bedarf es aber auch im Bereich der Justizwache und im Bereich des Bundesheeres. Diese Verwaltungseinheiten sind in einer existentiellen Budgetkrise befindlich, für deren Lösung eine Regierung ohne FPÖ-Beteiligung nichts übrig haben wird.

Apropos Geld: Im Regierungsprogramm verankert ist die Absicherung des Bargeldes in der Verfassung. Der Freiheitliche Parlamentsklub hat hierzu einen Initiativantrag eingebracht, der von ÖVP und SPÖ im Verfassungsausschuss vertagt wurde. Nunmehr hat sich die ÖVP wenigstens dazu durchringen können, einen Entschließungsantrag zu dem Thema einzubringen. Alle anderen Parteien haben daran gar kein Interesse. Allein dieser Vorgang beweist, dass ausschließlich eine Regierungsbeteiligung der FPÖ auf Basis des Regierungsprogramms von 2017 den verfassungsrechtlichen Schutz unseres Bargeldes gewährleisten kann.

Gerade in den Bereichen der Infrastruktur und des Umweltschutzes müssen wir auf längerfristige Maßnahmen setzen, um Österreich zukunfts- und klimafit zu machen. Viele sinnvolle Projekte wie die 5G-Strategie, der Ausbau der Elektromobilität, die Ausweitung erneuerbarer Energien und der

Ausstieg aus fossilen Energieträgern wurden auf Schiene gebracht, bedürfen aber einer konsequenten langfristigen Nachbetreuung – idealerweise durch jene Verantwortungsträger, die diese Vorhaben in Gang gesetzt haben.

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ stieß in der Bevölkerung auf breite Zustimmung.

Im Dezember 2018 war in der Tageszeitung „Die Presse“ zu lesen, dass 58 % der Österreicher mit der türkis-blauen Regierung zufrieden, 36 % unzufrieden sind: „Die Zustimmungswerte für die Koalition stiegen an, im September und Oktober waren es 54 %. Dies weist eine aktuelle Umfrage von GfK Austria in Kooperation mit Demox-Research aus (1000 Befragte im Zeitraum von 6. bis 9. Dezember 2018)“.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die Österreicher weiterhin eine Koalition aus FPÖ und ÖVP und somit die weitere Umsetzung des Regierungsprogramms „Zusammen. Für unser Österreich.“ wollen. In der aktuellen Umfrage des Research Affairs Instituts für ÖSTERREICH (1.006 Interviews von 14. bis 31. Juli) ist Türkis-Blau weiterhin die beliebteste Koalitionsvariante der Österreicher: „32% sind demnach für eine Neuauflage der ÖVP-FPÖ-Koalition. 15% sprechen sich für eine Koalition aus SPÖ, Grünen und NEOS aus, 13% wollen eine Koalition aus ÖVP, Grünen und NEOS. Eine „große Koalition“ aus ÖVP und SPÖ befürworten hingegen nur 8%, für Rot-Blau sind überhaupt nur 6%“.

Daher möge der Bundesparteitag beschließen:

„Die zuständigen Organe der FPÖ mögen darauf hinarbeiten, dass das gemeinsam mit der ÖVP ausgearbeitete Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich.“ in Zukunft vollständig umgesetzt werden kann, um weiterhin eine faire, soziale und heimattreue Politik zu gewährleisten“.